



Energiespar-Programm für Österreich

Angesichts des Kriegs in der Ukraine und seiner Folgen muss Energiesparen vom Rand ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken. Durch das Senken des Energieverbrauchs schützen wir nicht nur Klima und Natur, sondern sparen auch sehr viel Geld und erhöhen die Energiesicherheit, weil Österreich unabhängiger von fossilen Importen aus Konfliktregionen wird. Daher schlägt der WWF ein breit gefächertes Maßnahmenpaket vor.

Multiple Krisen gemeinsam lösen

Im Minutentakt erreichen die Welt seit Februar neue Meldungen über das unermessliche menschliche Leid in der Ukraine. Dazu kommen gewaltige Verwerfungen auf den weltweiten Energiemärkten, Engpässe bei Erdgas und dessen Einsatz als geopolitisches Druckmittel, eine sehr hohe fossil-getriebene Inflation und negative Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung. Aktuell tritt somit das ein, wovor viele Stimmen die Politik seit vielen Jahren und Jahrzehnten gewarnt haben: Die Abhängigkeit von klimaschädlichen und kriegstreibenden Energieträgern wie Erdöl und Erdgas hat fatale Folgen für die gesamte Gesellschaft. Zugleich hat die genau dadurch befeuerte Klima- und Biodiversitätskrise nichts von ihrer Dringlichkeit eingebüßt, wie der Weltklimarat in Erinnerung gerufen hat: *“Mit jeder weiteren Verzögerung bei konzertierten, vorausschauenden globalen Maßnahmen zur Anpassung und Abschwächung (Anm. des Klimawandels) riskieren wir ein kurzes und sich schnell schließendes Zeitfenster zu verpassen, um eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern”*, warnt der jüngste IPCC-Sachstandsbericht¹. Umso dringender sind jetzt die richtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlussfolgerungen aus diesen multiplen Krisen.

Energiesparen über Jahrzehnte vernachlässigt

Der sparsame und effiziente Einsatz von Energie gilt aus wissenschaftlicher Sicht als Königsweg für den Klimaschutz, ist aber in Österreich über Jahrzehnte politisch vernachlässigt worden. Jeder durch bessere Technik oder nachhaltigeres Verhalten vermeidbare Energieverbrauch ist als Energieverschwendung zu sehen. Schlecht gedämmte Häuser, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren oder veraltete Anlagen in der Industrie verschwenden mehr Energie als sie tatsächlich nutzen. Das hat nicht nur Klimaschutz-Anstrengungen sabotiert, sondern auch die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgas-Importen aus Krisen- und Konfliktregionen erhöht. Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine werden diese Versäumnisse derzeit auf mehreren Ebenen dramatisch sichtbar. Auch die Versorgungssicherheit für Haushalte und Industrie gerät in Gefahr, wenn die Lage weiter eskaliert und keine wirksamen Energiespar-Maßnahmen ergriffen werden. Klar ist: Jede Form der Energie, die wir erzeugen, hat ihren Preis. **Übergeordnetes politisches Ziel muss es deshalb sein, den Verbrauch mit effektiven Maßnahmen zu reduzieren und die Energieverschwendung zu stoppen, um Österreich insgesamt resilienter zu machen.**

¹ IPCC, Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Summary for Policymakers. <https://bit.ly/3Jd2jdr>



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
E-Mail: naturschutz@wwf.at
Web: www.wwf.at

Der Gesamt-Energieverbrauch² Österreichs ist derzeit viel zu hoch, um die Klimaziele zu erreichen. Immer noch wird rund zwei Drittel der verbrauchten Energiemenge fossil importiert. Im Jahr 2021 hat Österreich laut Angaben der Energieagentur³ Erdöl im Wert von 7,3 Milliarden Euro und Erdgas im Wert von 4,2 Milliarden Euro importiert – zusammen also 11,5 Milliarden Euro. Allein von Erdgas sind derzeit sowohl die Industrie (Papier, Chemie, Eisen- und Stahlerzeugung, Baustoffe) als auch viele Haushalte massiv abhängig. In Österreich sind derzeit rund 900.000 Gasheizungen installiert. Auch ein beträchtlicher Anteil der Fernwärme wird aus fossilem Gas erzeugt. **Besonders fatal ist die fahrlässig hohe Abhängigkeit von Russland, von wo Österreich rund 80 Prozent seines Erdgases bezieht. All das ist die Folge einer Politik, die Schlüsselbereiche wie Energiesparen und Klimaschutz lange Zeit zugunsten kurzfristiger Profit-Interessen vernachlässigt hat.** Ein Beispiel dafür ist das jahrelange Lobbying zugunsten der zwischenzeitlich gestoppten Nord-Stream-2-Pipeline, für die sich neben dem teilstaatlichen OMV-Konzern mehrere Bundeskanzler und ihre Regierungen engagierten. Im selben Zeitraum fehlten ausreichende Maßnahmen gegen den viel zu hohen Gasverbrauch, obwohl Klimawissenschaft und Umweltschutzorganisation darauf schon lange aufmerksam machen.

Vor diesem Hintergrund muss die Politik rasch die richtigen Schlüsse ziehen, anstatt die Fehler der Vergangenheit in anderer Form zu wiederholen. Ineffiziente, klimaschädliche Irrwege mit neuen Abhängigkeiten von Krisen- und Konfliktregionen samt den dort regierenden autoritären Regimen müssen vermieden werden. Denn die Förderung von Erdöl und Erdgas ist weltweit vielfach mit Machtmissbrauch, politischer Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Konflikten verknüpft. Daher wäre es zum Beispiel höchst kurzfristig, alle Hoffnungen und Bemühungen nur auf die umweltschädliche und energieverschwendende Flüssiggas-Versorgung über Tankschiffe aus dem arabischen Raum zu setzen. **Kurz-, mittel- und langfristig ist das Sparen von wertvoller Energie die wichtigste Antwort auf die Folgen der kriegsbedingten Krise. Daher sollte die Politik jetzt ein Energiespar-Programm von historischer Dimension erarbeiten und beschließen.**

Das hier vorgeschlagene Energiespar-Paket würde nicht nur die Dekarbonisierung beschleunigen, sondern auch die Umstellung auf Erneuerbare Energien, die entlang von wissenschaftsbasierten Naturschutz-Kriterien bis zur Vollversorgung ausgebaut werden müssen. Da alle Staaten mit dem Pariser Klimaabkommen zugesagt haben, ihre Energieversorgung zu dekarbonisieren, werden keine großen Mengen billig zu importierender Erneuerbarer am Markt sein. Für eine krisensichere Energieplanung muss daher hauptsächlich auf heimisch bereitgestellte Erneuerbare Energie gesetzt werden. **Zugleich gilt, dass die von der Bundesregierung versprochene Klimaneutralität 2040 nur mit einer nachhaltigen Reduktion des Verbrauchs und Naturschutz-Verbesserungen erreichbar ist - zum Beispiel durch den Erhalt und Ausbau von CO₂-Senken.** Denn auch Anlagen für Erneuerbare Energie können in Österreich nicht unbegrenzt ausgebaut werden, weil raumplanerische, ökologische und soziale Grenzen respektiert werden müssen. Die Potentiale reichen aus heutiger Sicht für rund die Hälfte des derzeitigen, vor allem fossilen Energieverbrauchs, was die absolute Notwendigkeit des Stopps jeglicher Verschwendung und eines effizienten Umganges mit Energie verdeutlicht. Energieeffizienz ist auch aus volkswirtschaftlicher Sicht günstig und erhöht die Resilienz und Innovationskraft der Wirtschaft, was wiederum Arbeitsplätze schafft. Darüber hinaus können Unternehmen mit einem funktionierenden Heimmarkt auch erfolgreicher im Export agieren.

² Im Jahr 2020 lag der Endenergieverbrauch bei 1.053 Petajoule. Der damals verzeichnete Rückgang war größtenteils den kurzfristigen Pandemie-Folgen zuzuschreiben, nicht der Energiepolitik, wie auch die Statistik Austria festhält.

³ Österreichische Energieagentur, März 2022. <https://bit.ly/3tLjRa3>



Energiespar-Programm 2022: Fünf Weichenstellungen für mehr Sicherheit und Unabhängigkeit

Energiesparen beschleunigt den Klimaschutz und erhöht die Versorgungssicherheit, weil Österreich damit unabhängiger von fossilen Importen aus Krisen- und Konfliktregionen wird. **Inmitten der aktuellen Krise ist daher ein kluger Mix aus Sofort-Maßnahmen und langfristigen Weichenstellungen das Gebot der Stunde.** Diese müssen unmittelbar auf den Weg gebracht und beschlossen werden - je rascher, desto besser.

1. Ambitioniertes Energieeffizienz-Gesetz beschließen: Das Gesetz ist vor über eineinhalb Jahren ausgelaufen, obwohl es EU-rechtlich verpflichtend ist. Daher muss die Novelle samt Maßnahmenkatalog sofort dem Parlament vorgelegt und mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden. Derzeit verhandeln die Koalitionsparteien über einen unzureichenden Entwurf, der laut den bisher bekannten Informationen nicht der Klimaneutralität 2040 entspricht und auch angesichts der aktuellen Krise deutlich verbessert werden muss. Die Novelle muss ein absolutes Energiespar-Ziel festlegen, auf das alle relevanten Maßnahmen ausgerichtet werden. Ziel: den Energieverbrauch bis 2030 um zumindest 30 Prozent zu senken und auch in den Folgejahren deutlich zu verringern. Insgesamt muss der Verbrauch halbiert werden, um die Klimaneutralität zu erreichen und zu sichern. Anders als in der Vergangenheit dürfen keine Schein-Maßnahmen ohne Kontrolle angerechnet werden. Es darf keine Schlupflöcher oder ungerechtfertigten Vorteile für einzelne Branchen geben. Je nach Größe und Energieverbrauch sollten Unternehmen dazu verpflichtet werden, ihre Einsparpotenziale systematisch zu erheben und auszuschöpfen: von der Energiebuchhaltung über Audits bis zu Energiemanagementsystemen. Zugleich muss die energie-intensive Industrie gezielt unterstützt werden. Aufgrund der gestiegenen Preise hat das Sparen von Energie massiv an Bedeutung für die Betriebe gewonnen. Mit dem Energieeffizienzgesetz und weiteren Maßnahmen sollte dieser Trend möglichst breit in der gesamten Wirtschaft verankert und langfristig gesichert werden, um einen negativen Rebound-Effekt nach der Krise zu verhindern.

2. Zusätzliche Energiespar-Milliarde festschreiben. Die effizienteste Kilowattstunde ist jene, die gar nicht erst verbraucht wird. Daher muss Energiesparen mit einem langfristigen Sonderbudget ausgestattet werden. Mit einer zusätzlichen Milliarde pro Jahr könnten insbesondere die folgenden Maßnahmen geschaffen bzw. beschleunigt werden: Fortführung und Ausweitung des Sanierungsschecks⁴, (die Sanierungsrate liegt laut Umweltbundesamt bei nur rund 1,5 Prozent), beschleunigter Wechsel auf effiziente, klimafreundliche Heizungen, gezielte Soforthilfe für energiearme, notleidende Haushalte, eigene Energiespar-Gutscheine für alle Haushalte sowie Klein- und Mittelbetriebe, Finanzierung von Energiesparmaßnahmen in der Industrie und danach Mittelrückfluss aus den Einsparungen (Contracting Modell), sofortige Abschreibe-Möglichkeiten für Energiespar-Investitionen etc.

3. Ausstieg aus Öl und Gas gesetzlich verankern. Auch 2022 dürfen immer noch neue Gasheizungen beworben und eingebaut werden, obwohl es die Abhängigkeit von importiertem Erdgas unnötig verlängert. Neben einem sofortigen Einbau-Stopp für neue Gasheizungen muss die Politik daher mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) einen verbindlichen Rahmen für den Ausstieg aus allen bestehenden Öl- und Gasheizungen bis spätestens 2040 beschließen. Zeitgleich müssen die Bundesländer die operative Umsetzung fixieren. Auch die Fernwärme soll bis 2040 frei von Gas werden. Mit Fernwärme aus erneuerbarer Energie, aus Wärmepumpen, Solarenergie oder Geothermie kann Österreich eine saubere Wärmeversorgung schaffen. Bestehende Hürden dafür müssen rasch abgebaut werden. Zudem sollten die Bundesländer wissenschaftsbasierte Maßnahmen für den vollständigen Ausstieg aus fossiler Energie in ihrem Wirkungsbereich beschließen und finanzieren.

⁴ Hohe energetische und ökologische Standards sichern laut Umweltbundesamt eine langfristig nachhaltige Bausubstanz, reduzieren die Inanspruchnahme von Flächen und ermöglichen geringere Energiekosten.



4. Fachkräfte-Offensive starten. Die Energiewende leidet laut Branchenberichten unter einem Mangel an Fachkräften. Daher sollten Wirtschafts-, Klimaschutz- und Arbeitsministerium gemeinsam mit den Bundesländern ein großes Fachkräfte-Paket für die Energiewende vorlegen. Die bisherigen Maßnahmen hatten offensichtlich schon vor der aktuellen Krise keine ausreichende Wirkung und müssen daher rasch verbessert werden – von der Schule bis zu den Ausbildungsbetrieben und der gesamten Wirtschaft braucht es deutlich mehr Unterstützung und auch öffentliches Bewusstsein für die Chancen eines sparsamen, effizienten und naturverträglichen Einsatzes von Energie. Für besonders relevante Bereiche wie zum Beispiel PV-Installationen muss es fokussierte Qualifizierungsangebote geben, die innerhalb kurzer Zeit Personalengpässe überwinden können. In Ausbildungsberufen in der Energie-, Mobilitäts- und Gebäudebranche braucht es Schwerpunkt-Module, die auf das Ziel der Klimaneutralität 2040 und die dafür erforderlichen Technologien (darunter Wärmepumpen, nachhaltiges Bauen samt Dämmstoffen, intelligente Netze etc.) ausgerichtet sind.

5. Mobilitätswende beschleunigen. Der Verkehr ist weiter von den Klimazielen entfernt als jeder andere Sektor und daher besonders stark von importiertem Erdöl abhängig. Daher müssen Bund, Länder und Gemeinden das Mobilitätssystem entlang des Prinzips „vermeiden – verlagern – verbessern“ umgestalten und Sofort-Maßnahmen setzen, darunter zum Beispiel auch niedrigere Tempolimits, um den Diesel- und Benzinverbrauch rasch zu reduzieren und Kosten zu sparen. Absolute Priorität haben müssen der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und das Schaffen einer sicheren Rad-Infrastruktur im städtischen und ländlichen Raum. Im Gegensatz dazu müssen neue Schnellstraßen-Projekte eingestellt werden, weil sie nicht nur klimaschädlich, bodenfressend und teuer sind, sondern auch die überfällige Mobilitätswende verzögern. Rein auf den Ausbau der Elektromobilität zu setzen, greift hier viel zu kurz.

Begleitende Maßnahmen zum Energiespar-Programm 2022

Das vorliegende Energiespar-Programm erfordert eine Vielzahl an begleitenden Maßnahmen, die rasch umgesetzt bzw. weiter beschleunigt werden müssen. Besonders wirksam sind die folgenden Punkte:

- Bodenverbrauch eindämmen: Der heimische Flächenverbrauch liegt mit 11,5 Hektar pro Tag weit über allen Nachhaltigkeitszielen und erhöht damit auch den Energie- und Ressourcenverbrauch. Daher muss der im Bund zuständige Landwirtschaftsminister bis spätestens Herbst gemeinsam mit Ländern, Städten und Gemeinden einen Bodenschutz-Vertrag mit konkreten Gegenmaßnahmen vorlegen. Auch das Umweltbundesamt sieht ein Raumordnungskonzept für kurze Wege als wichtigen Effizienz-Baustein.
- Photovoltaik ausbauen⁵: Verpflichtendes Nutzungskonzept für Sonnenenergie, inklusive einer Photovoltaik-Anlage für alle Neubauten und Sanierungen in den Bauordnungen (hoher Wirkungsgrad); grundsätzliche Verpflichtung zur PV-Installation im Falle einer Neuversiegelung von Flächen; Prüfung und schrittweise Umrüstung des Bestandes, naturverträgliche Nutzung der Potenziale auf Freiflächen.
- Erneuerbaren-Ausbau entlang von Naturschutz-Kriterien vorantreiben: Der Sachstandsbericht des Weltklimarats zeigt sehr klar, dass Klima- und Naturschutz Hand in Hand gehen müssen. Daher müssen auch Erneuerbare Energien konsequent entlang von Naturschutz-Kriterien ausgebaut werden. Während die Wasserkraft ihr Potenzial abseits von Effizienzsteigerungen bereits ausgeschöpft hat und es daher nur mehr sehr wenige freifließende Flüsse gibt, bestehen zum Beispiel bei der Windkraft und vor allem bei der Photovoltaik noch große Ausbaupotenziale in Österreich.

⁵ WWF-Vorschläge für den naturverträglichen Photovoltaik-Ausbau, Mai 2021. <https://bit.ly/3hZRBei>



- Wirksames Klimaschutzgesetz beschließen: Die geplante Novelle muss insbesondere die folgenden Punkte gewährleisten: Verbindliche Ziele für die Klimaneutralität 2040, jährliche Emissionsziele für jeden Sektor, wissenschaftliche Kontrolle, klima- und naturverträgliche Maßnahmenprogramme, wenn Ziele verfehlt werden, klare Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern, Rechtsschutz für die Bevölkerung⁶.
- Umweltschädliche Subventionen abbauen: Der Finanzminister sollte rasch einen Kassasturz samt Reformplan vorlegen und dafür die ersten Ergebnisse der laufenden WIFO-Studie berücksichtigen. 2016 hatten die Wirtschaftsforscherinnen in ihrer Analyse ein Volumen von 3,8 bis 4,7 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen pro Jahr errechnet – und das nur für die Bereiche Energie, Verkehr und teils Wohnen. Das WIFO spricht selbst von einer „Untergrenze“, weil es damals nur die Bundesebene erfasst hatte und Sektoren wie die Landwirtschaft fehlen. Im Herbst 2019 hat wiederum das Finanzministerium auf Anfrage des WWF rund 3,25 Milliarden Euro als jährliches Volumen genannt. Es handelt sich aber um ein sehr lückenhaftes Regierungsdokument.
- CO₂-Bepreisung klimagerecht umsetzen und mit Öko-Bonus verbinden. Die Bundesregierung sollte an diesem zentralen Instrument festhalten - wie es auch das WIFO empfiehlt⁷ - und die CO₂-Bepreisung samt einem tatsächlich lenkenden Öko-Bonus schrittweise ausbauen, um die Abhängigkeit von Öl und Gas zu reduzieren. Zugleich müssen Bund und Länder mehr gegen Energie-Armut tun. Für besonders betroffene Unternehmen im Nicht-Emissionshandelssektor ist eine Härtefallregelung vorgesehen.
- Umweltrecht qualitativ stärken: Mehr Ressourcen für Behörden und Gerichte, Vorlegen besserer Unterlagen sowie von klima- und naturverträglichen Planungen durch die Projektbetreiber in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)⁸.

Energiesparen für alle: Große Energiespar-Kampagnen notwendig

Die Politik hat den größten Hebel für Veränderungen, aber auch jeder und jede Einzelne kann wertvolle Energie sparen und besser nützen. Die Bandbreite reicht von der richtigen Wahl energiesparender Geräte und einem sparsamen Betrieb über die Anpassung des Strom- und Heizbetriebs bis zur geförderten thermischen Sanierung von Gebäuden. Auch Unternehmen haben vielfältige Handlungsmöglichkeiten, die deutlich stärker genutzt werden müssen⁹. **Um das öffentliche Bewusstsein dafür zu steigern, sollte die Bundesregierung - begleitend zu den politischen Maßnahmen – sofort eine weitreichende Energiespar-Kampagne lancieren, die unter Einbindung von unabhängigen Fachleuten umgesetzt wird.** Konkrete Tipps zum Sparen von Heiz- und Stromkosten müssen möglichst alle Menschen inklusiv erreichen. Parallel dazu müssen auch die Energieversorger deutlich mehr tun und eigene Initiativen zum Energiesparen starten bzw. von der Politik dazu verpflichtet werden.

WWF Österreich, Juli 2022

⁶ Anforderungen an ein effektives Klimaschutzgesetz, ÖKOBÜRO, April 2021. <https://bit.ly/3MzqSmW>

⁷ WIFO-Kurzanalyse: Optionen für eine Entlastung von Haushalten und Unternehmen, März 2022. <https://bit.ly/35U4ILA>

⁸ Vergleiche dazu die Vorschläge von ÖKOBÜRO vom Februar 2022: <https://bit.ly/3w62rba>

⁹ Siehe dazu die Angebote der betrieblichen Umweltförderung. <https://www.umweltfoerderung.at/betriebe.html>